

## Presseinformation Nr. 22/2011

**Pressesprecher:** Martin Ittershagen

**Stellvertretender Pressesprecher:** Stephan Gabriel Haufe

**Mitarbeiter/innen:** Fotini Mavromati, Martin Stallmann,  
Marc Rathmann, Uwe Weber (Sekretariat)

**Telefon:** 0340/2103 -2122, -6625, -2318, -2507, -2250, -2637

**Adresse:** Umweltbundesamt, Postfach 1406, 06813 Dessau-Roßlau

**E-Mail:** pressestelle@uba.de

**Internet:** www.umweltbundesamt.de

**Internet:** www.fuer-mensch-und-umwelt.de



## Umweltschutz als globale Aufgabe begreifen

### Umweltbundesamt veröffentlicht Jahrespublikation „Schwerpunkte 2011“

**Das Reaktorunglück im japanischen Fukushima und seine unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt machen deutlich, dass wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise konsequent umgestalten müssen. Die Lösung heißt: kohlenstoffarm, energieeffizient und ressourcenschonend in die Zukunft – national, regional und auf internationalem Level. „Eine anspruchsvolle Umweltpolitik auf nationaler Ebene kann über Signaleffekte den Übergang zu einer Green Economy auch in anderen Ländern fördern“, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Jochen Flasbarth, bei der Vorstellung des Berichtes „Schwerpunkte 2011“ in Berlin. Prognosen zufolge wird sich das Weltmarktvolumen für die zentralen „grünen“ Zukunftsmärkte mehr als verdoppeln: von 1,4 Billionen Euro im Jahr 2007 auf 3,1 Billionen Euro im Jahr 2020.**

Es zeigt sich auch immer deutlicher, dass die Lösung globaler Umweltprobleme – wie der Klimawandel oder der steigende Rohstoffverbrauch – nur durch eine internationale Kooperation, das heißt global verbindliche Vertragsgrundlagen, Zielvorgaben und Maßnahmen angegangen werden kann. Dazu bedarf es einer Stärkung der internationalen Organisationsstrukturen im Umweltschutz. „Spätestens mit dem Erdgipfel von Rio 1992 weitete sich das Blickfeld des Umweltschutzes über die nationalen Grenzen hinaus. Seitdem wurde vieles erreicht. Dennoch sind wir weit entfernt von einer globalen nachhaltigen Entwicklung“, konstatierte Flasbarth. „Das UBA wirbt dafür, auf der institutionellen Seite das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP zu einer UN-Sonderorganisation aufzuwerten und die UN-Commission on Sustainable Development in einen Sustainable Development Council als Unterorgan der UN-Generalversammlung zu verwandeln. Das würde die Basis für ein globales Umweltregime bilden.“

Das nachhaltige Wirtschaften mit den Wasserressourcen der Erde ist ein weiterer Schwerpunkt des UBA-Berichtes. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) legt für Flüsse, Seen und Küstengewässer einheitliche Anforderungen fest. Danach weisen in Deutschland bereits heute zehn Prozent der Oberflächengewässer den „sehr guten“ oder den „guten ökologischen Zustand“ auf. Im Vergleich hierzu erreichen den „guten chemischen Zustand“ sogar 88 Prozent der Oberflächengewässer und 63 Prozent des Grundwassers. Der Neu- und Ausbau von Kläranlagen sowie die Einführung phosphatfreier Waschmittel haben wesentlich zur Verbesserung der stofflichen Qualität der Oberflächengewässer beigetragen.

Eine wichtige Ursache für die gegenwärtigen Zielverfehlungen ist die viel zu wenig umweltorientierte landwirtschaftliche Praxis. Die Überdüngung der Meere und vieler Seen und die hohe Nitratbelastung des

Grundwassers sind ursächlich auf Nährstoffausträge aus der Landwirtschaft zurückzuführen. Verschärft wird dies noch durch den zunehmenden Biomasseanbau, insbesondere von Mais. Es wird deshalb wichtig sein, Gewässerschutzanforderungen bei einer zukünftigen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und in die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik einzubringen.

Umweltbezogener Gesundheitsschutz ist ein zentrales Handlungsfeld der Umweltpolitik. In Deutschland haben gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Umweltqualität und zum Schutz der menschlichen Gesundheit beigetragen. Luftverunreinigungen wie Blei- und Schwefeldioxidemissionen spielen kaum noch eine Rolle. Andere Risikofaktoren sind dagegen in den Vordergrund gerückt – etwa Chemikalien und schadstoffhaltige Produkte oder „dicke Luft“ in Innenräumen. Chemikalien breiten sich über die Luft, das Wasser und den internationalen Handel weiträumig aus. Vor allem schwer abbaubare Chemikalien (Persistent Organic Pollutants, POPs) stellen ein globales Problem dar. Gleichzeitig sind Chemikalien ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Weltweit werden etwa 500 Millionen Tonnen Chemikalien produziert, Prognosen gehen von einem weiteren Wachstum aus.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum „Internationalen Jahr der Chemie“ erklärt. „Wenn wir langfristig Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien schützen wollen, müssen wir das Chemikalienmanagement als elementaren Baustein einer Green Economy begreiflich machen“, forderte Flasbarth. In Europa gebe es bereits anspruchsvolle und harmonisierte Standards. Beispiele dafür seien die Chemikalien-Verordnung REACH und ein etablierter Stand bestverfügbarer Umwelttechniken, so der UBA-Präsident. Ziel müsse es sein, die Informationen über Risiken und Standards für ein nachhaltiges Chemikalienmanagement auch international zu etablieren.

**Die UBA-Jahrespublikation „Schwerpunkte 2011“ ist als Druckfassung kostenfrei erhältlich bei Gemeinnützige Werkstätten Bonn, Postfach 30 03 61, 53183 Bonn; Service-Telefon: 0340/2103 66 88, E-Mail: [uba@broschuerenversand.de](mailto:uba@broschuerenversand.de). Die Englische Fassung erscheint in Kürze.**

**Der Bericht als Download:**

**<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/3972.html>**

Dessau-Roßlau, 14.04.2011

(5.480 Zeichen)